

# Auch kommunal 100% sozial.

Wahlprogramm zur  
Kommunalwahl 2014 in Halle

**DIE LINKE.**

## **Impressum**

DIE LINKE Halle  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)

Telefon: 03 45 / 20 255 90  
Telefax: 03 45 / 20 255 84

E-Mail: [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de)  
Internet: [www.dielinke-halle.de](http://www.dielinke-halle.de)

V.i.S.d.P.: Swen Knöchel

# Eine Stadt für alle

## **Präambel** 4

### **I. Zusammenhalt und Teilhabe**

Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs	6
Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche	7
Halle – Das Alter gehört dazu	8
Halle – Für eine neue Kultur der Mobilität	9

### **II. Wissen und Lebens(kunst)**

Halle – Zentrum der Kultur	11
Halle – schafft Wissen und Neues	12
Halle – Bildung als Schlüssel	13
Halle – Sport als gemeinsames Erlebnis	15

### **III. Arbeit und finanzielle Sicherheit**

Halle – Existenzsichernde Arbeit in der Kommune	17
Halle für alle – Finanzielle Sicherheit für die Stadt	17
Halle – Zukunft in der Region	18

### **IV. Die Stadt sind wir – Demokratie und Vielfalt!**

Halle – Stadt engagierter Menschen	19
Halle – Für eine Kultur der Vielfalt und Integration	20
Halle – Gemeinsam gegen Rechts	21

### **V. Gutes Wohnen, gutes Leben**

Halle – Gutes Wohnen in allen Stadtteilen	23
Halle – Leben ohne Angst	23
Halle – Natur und Stadt zusammen denken	24

# Präambel

**Halle bleibt:** Stadt der Vielfalt, der Wissenschaft, der Kunst, der Menschen. Die Arbeit und die Ideen vieler haben die Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist. Wir sind dankbar für die reizvolle Natur und die historische Bausubstanz. Wir schätzen die Kreativität, die Inspiration und die Offenheit, die uns die Kunsthochschule, die Universität und die Museen schenken. Wir lachen, weinen und staunen in unseren Theatern. Wir erfreuen uns an unseren Orchestern. Wir sind in der Pflicht, dies alles zu verteidigen, zu erhalten und zu entwickeln. Verschiedenheit gibt es überall, in einer Stadt wie Halle kann sich Vielfalt auch organisieren. Sozio-, Frauen-, Klub- und Kneipenkultur, Galerien, Theater und freie Kinos nehmen Hallenserinnen und Hallenser, Studierende, Hinzugezogene und Gäste der Saalestadt für sich ein. Was Halles Charme ausmacht, wurde oft gegen Widerstände erkämpft und ist nur durch das Tun vieler jenseits von Kommerz und Markt möglich. DIE LINKE kämpft im Stadtrat und mit den Projekten für die Freiräume und die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt.

**Halle zieht Menschen an.** Zu den Gesichtern der Stadt gehören Arbeitslosigkeit und Armut. Hier leben zu viele Kinder von Hartz IV. Hier ist die Zahl derjenigen, die keine Erwerbsarbeit finden, besonders hoch. Viele Migranten sind in Halle zuhause. Flüchtlinge und Asylsuchende können hier dezentral in Wohnungen

leben. Das ist besser als in anderen Orten in Sachsen-Anhalt, aber lange nicht genug. Fast ein Drittel der Hallenserinnen und Hallenser ist älter als 60 Jahre. Seniorenpolitik ist für uns kein Nischenthema – es ist Lebenswirklichkeit. Nicht nur Professoren wollen gut wohnen, auch die Studierenden. Und es braucht einen öffentlichen Nahverkehr, den sich alle leisten können und wollen. DIE LINKE will eine Stadt frei von Diskriminierungen, frei von Angst. Dafür braucht es uns alle. DIE LINKE im Stadtrat kämpft gegen Ausgrenzung durch Armut. Sozialer Ausgleich bleibt erste Aufgabe LINKER Politik.

**Halle braucht uns.** Der Protest im vergangenen Jahr gegen die Kürzungspläne in Kultur und Hochschulen war hier besonders stark. Die Straße, der Hörsaal, die Kneipe, der öffentliche Diskurs – die Stadtgesellschaft wurde politisch. DIE LINKE unterstützt Selbstorganisation und direkte Demokratie wie den Bürgerhaushalt oder das Bürgerbegehren. Wir wissen allerdings, dass diejenigen, die von staatlichen Entscheidungen besonders abhängig sind, sich selten so für ihre Belange stark machen. Und dass diejenigen, die dank Einkommen, Bildung oder Wissen bereits mehr Wahlmöglichkeiten haben, auch die Formen direkter Demokratie besser nutzen. Deshalb halten wir beides für notwendig: Selbstbewusste Hallenserinnen und Hallenser und eine starke Fraktion der LINKEN im Stadtrat. Die Stadt gehört allen.

# Liebe Hallenserinnen, liebe Hallenser!

**Halle bleibt – nicht allein.** Die Kommunen sind Bestandteil und Adressat von Landes-, Bundes- und Europapolitik. Wir wollen, dass die Stadt nicht nur abhängig ist von den Entscheidungen in Magdeburg, Berlin und Brüssel – Halle soll auch Impulsgeber sein. Wie hier wollen Menschen überall in Frieden und Sicherheit leben, wollen Perspektiven für sich und ihre Kinder, Zugang zu Bildung und Kultur. LINKE Forderungen zielen auf eine gerechte Steuerpolitik und eine aus-

finanzierte Daseinsvorsorge, also eine gute Ausstattung mit öffentlichen Gütern. Die Politik des schlanken Staates hat zu leeren Kassen geführt. Nicht die Kosten für den sozialen Zusammenhalt sind zu hoch, sondern das staatliche Geld ist zu knapp. Es braucht LINKE Alternativen. In der Kommune, im Land und in Europa.

**Am 25. Mai mit allen Stimmen  
DIE LINKE wählen!**

# I. Zusammenhalt und Teilhabe

## **Halle – Stadt des sozialen Ausgleichs**

Sozialer Zusammenhalt kommt allen zugute. Wir sehen es als Aufgabe LINKER Politik, gesellschaftlichen Ausgleich auch gesetzlich zu sichern und ihn nicht dem Wohlwollen und der Finanzkraft privater Wohltätigkeit zu überlassen. Der Bund und das Land wälzen systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf die Städte und Gemeinden ab. Auch Halle kann diese nicht vollständig ausgleichen. Gleichwohl will DIE LINKE soziale Härten mildern oder abwenden. Dazu gehört es, politische Alternativen aufzuzeigen und Initiativen der Gegenwehr gegen den Sozialabbau zu unterstützen. Dies ist Maßstab linker Politik – in der Kommune und im Land.

Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt werden. Jedes dritte Kind in Halle lebt in einer Bedarfsgemeinschaft und damit in Armut oder ist von Armut bedroht. Wir wissen, viele Menschen wurden seit Jahren aufgrund ihrer sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Einkommen oder unterbrochener Erwerbsbiografien und dadurch geringer Rentenansprüche ist schon heute abzusehen. Potentiale liegen brach, weil Barrieren beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft

und Kultur vor allem junge Menschen davon abhalten, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für unsere Stadt.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, hierfür kämpft DIE LINKE auf allen politischen Ebenen. DIE LINKE will eine Stadt für alle Menschen. Niemand darf zurückgelassen, kein Stadtteil darf abgehängt werden. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechungen zu setzen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Weitere Arbeit an den Handlungsstrategien gegen Kinder- und Altersarmut sowie deren Untersetzung in geeigneten Konzepten.
- Erhalt der Leistungen des Halle-Passes und seine Weiterentwicklung als diskriminierungsfreier Zugang zu sozialen und kulturellen Leistungen in unserer Stadt sowie die Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr.
- Einsatz für ausreichende Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote für Familien, Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche in allen Sozialräumen.
- Dabei niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang.
- Einsatz dafür, dass auch für einkommensschwache Haushalte Strom,

Wasser, Gas und Heizung bezahlbar bleiben. Eine Abschaltung der Stromversorgung lehnen wir ab, die Einführung von »Sozialbudgets« werden wir prüfen.

- Unterstützung der Kampagne kostenloser Energiescheck für Betroffene von Transferleistungen.

- Einsatz für eine strategische Sozialplanung, auf deren Grundlage eine verlässliche und kontinuierliche Finanzierung der Angebote der Freien Träger möglich ist. Das beinhaltet auch die besondere Förderung von Wohngebieten, in denen ein besonders hoher Anteil von Familien wohnt, die von Transferleistungen leben.

- Umsetzung der europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, einschließlich des Aktionsplanes. Das beinhaltet die gleichberechtigte Vergabe von Fördermitteln für Gleichstellungsprojekte ebenso wie die Erhaltung der Beratungsstellen der AIDS-Hilfe und der schwul-lesbischen Begegnungs- und Beratungsstellen.

- Erhalt des Frauenschutzhauses.

- Die bevorzugte Förderung von Existenzgründerinitiativen von Frauen.

- Sich für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen einzusetzen. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern.

- Unterstützung und Förderung von Betreuungsformen und Projekten, die hilfebedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen.

- Fortschreibung von abrechenbaren Konzepten zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen in der Kommune.

- Sich für die Stärkung der Kompetenzen der hauptamtlichen Gleichstellungs-, Behinderten-, Integrations-, Seniorinnen-, Kinder- und Jugendlichenbeauftragten einzusetzen.

- Kritische Begleitung der Arbeit des Jobcenters.

- Kritische Auseinandersetzung mit der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft.

- In allen Sozialräumen der Stadt muss es Möglichkeiten der medizinischen Grundsicherung geben.

- Dem Erhalt bzw. der Schaffung von Beratungsstellen, insbesondere für psychosoziale Erkrankungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

- Die Arbeit der Selbsthilfegruppen der Stadt Halle sowie die Beratungs- und Hilfsangebote für Suchtkranke zu unterstützen.

- Kein Abbau an öffentlichen Gesundheitsdiensten, insbesondere bei der präventiven gesundheitlichen Vorsorge bei Kindern- und Jugendlichen, zuzulassen.

## **Halle – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche**

Kinder und Familien sollen hier gern zu Hause sein. Politisch begleiten wollen wir dies durch die Schaffung von Chancengleichheit für alle Kinder. Dazu gehört ein qualitätsvolles Bildungsangebot von den Kindertages-

stätten über Grund- und weiterführende Schulen bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hochschulentwicklung. Ebenso zählt für uns die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten hinzu und, wo nötig, einer qualifizierten sozialen Betreuung und Beratung.

Das heißt für DIE LINKE:

- Sicherung einer auskömmlichen finanziellen Ausstattung der Jugend- und Jugendsozialarbeit der Träger, insbesondere der präventiven Angebote.

- Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Kontext des demografischen Wandels.

- Die Teilnahme am Projekt »Kinderfreundliche Kommune« wurde auf Grund der fehlenden Finanzen durch den Stadtrat abgelehnt. Wir wollen, dass sich die Stadt Halle zur »Kinderfreundlichen Kommune« weiterentwickelt und dies als gesamtstädtische Aufgabe versteht. Für Teilprojekte sollen finanzielle Mittel im städtischen Gesamthaushalt bereitgestellt werden.

- Ausbau der Jugendsozialarbeit an allen Schulen und Beibehaltung der bestehenden Angebote über das Bundesprogramm »Bildung und Teilhabe« hinaus.

- Strikte Berücksichtigung der Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten und Planungsvorhaben.

- Beibehaltung von mindestens einem Beratungs- und Begegnungszentrum für Kinder und Jugendliche

pro Sozialraum und dessen finanzielle Absicherung über langfristige Leistungsvereinbarungen.

- Aktive Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates der Stadt in die Entscheidungen zur Jugendarbeit und Würdigung der Aktiven.

- Unterstützung von Initiativen zur eigenverantwortlichen, mobilen und interkulturellen Jugendarbeit.

- Förderung von ehrenamtlichem Engagement in der Jugendarbeit durch Bereitstellung einer angemessenen finanziellen Ausstattung und der Pflege einer Anerkennungskultur für Aktive.

- Fortführung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes und Unterstützung von Aktivitäten zur Ausgestaltung des HALLIANZ-Jugendfonds.

- Unterstützung von Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (z.B. »Demokratie macht Schule«, »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«).

## **Halle – Das Alter gehört dazu**

Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. DIE LINKE unterstützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf. Altersdiskriminierung lehnen wir



entschieden ab. Wir wollen, dass die Lebensleistungen der älteren Menschen geachtet und ihre Fähigkeiten, Kompetenzen und Gestaltungspotentiale anerkannt und genutzt werden.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus dem Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und Pflege. Mehr als bisher müssen alle Partner, die Kommune und die freien Träger zusammenarbeiten, um diese Herausforderungen anzunehmen und einen solidarischen Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsschichten und den Generationen zu erreichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Die weitere Unterstützung und Stärkung des Seniorenrates, seine verbesserte Einbindung in Planungs- und Entscheidungsprozesse des Stadtrates und der Stadtverwaltung.

- Das Konzept »Älter werden in Halle (Saale) – Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle zur Seniorenpolitik« fortzuschreiben, um neue Problemlagen aufzugreifen und Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke zu stärken.

- Gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter sollen Begegnungsorten für Seniorinnen und Senioren in jedem Sozialraum erhalten bleiben und von der Stadt Halle unterstützt werden.

- Erarbeitung von abrechenbaren Handlungsempfehlungen zur Hilfe für Menschen, die von Altersarmut betroffen sind.

- Förderung von Initiativen, die älteren hilfsbedürftigen Menschen ein

Wohnen in ihrer vertrauten Umgebung ermöglichen.

## **Halle – Für eine neue Kultur der Mobilität**

Leben heißt Bewegung – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Nutzung des Autos kann nur reduziert werden, wenn die Attraktivität des angebotenen Netzes aus Straßenbahn-, Bus- und S-Bahnlinien steigt. Kindergärten, Schulen, Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen sollen zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gut erreichbar sein.

Zur Verkehrsinfrastruktur einer Stadt gehören für uns auch Gestaltungsaspekte des Verkehrsraumes, die Umweltverträglichkeit und Fragen der Sicherheit. Wir wollen eine autoarme Innenstadt, sichere Schulwege und sichere Fahrradwege.

Mobilität ist mehr als Verkehr – sie beginnt im Kopf bei der bewussten Wahl des Verkehrsmittels. DIE LINKE will alles tun, um durch geeignete Rahmenbedingungen die Hallenserinnen und Hallenser dabei zu unterstützen, ein Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fahrrad, Straßenbahn, Bus, S-Bahn) statt des PKW zu wählen bzw. möglichst viele Wege zu Fuß zurückzulegen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Mittelfristige Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs, welcher umlagefinanziert werden soll. Das heißt, alle Hallenserinnen und Hallenser, aber auch lokale Unternehmen beteiligen sich an den Kosten des

öffentlichen Nahverkehrs, wobei eine soziale Staffelung der Umlage erfolgen soll. Über die Einführung des fahrscheinlosen Nahverkehrs soll in einem Bürgerentscheid befunden werden, den wir für 2019 anstreben.

- Sicherung eines leistungsfähigen Verkehrsunternehmens in kommunaler Hand unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen und Beachtung europäischer Rahmenbedingungen.
- Umstrukturierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes zu einem reinen Aufgabenträgerverbund, in welchem die Interessen der Menschen stärker berücksichtigt werden als die Interessen der Verkehrsunternehmen.
- Eine Einführung des Sozialtickets.
- Einsatz für ein Fahrpreismoratorium gegen ständige Tarifsteigerungen.
- Eine bessere Anbindung weiter entfernter Ortsteile an Bus und Bahn.

■ Ein gut vertaktetes und barrierefreies Angebot des ÖPNV.

■ Den Ausbau des Radwegenetzes mit einem Radwegesanierungsprogramm, das die gestiegenen Anforderungen durch die wachsende Zahl an Elektrofahrzeugen berücksichtigt.

■ Errichtung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof.

■ Förderung von Modellen gemeinschaftlicher Autonutzung (Carsharing).

■ Einrichtung weiterer »Stromzapfsäulen« für den zu erwartenden Anstieg der Zahl von E- und Hybridfahrzeugen.

■ Die Entschärfung von Unfallschwerpunkten.

■ Veränderungen im Bereich der Hochstraße bedürfen einer grundsätzlichen und breiten Diskussion in der halleschen Bevölkerung und müssen städtebaulich und verkehrsorganisatorisch verträglich sein.

## II. Wissen und Lebens(kunst)

### Halle – Zentrum der Kultur

Die Ausstrahlung der Stadt Halle beruht im besonderen Maße auf der Kreativität, dem Eigensinn und dem Mut vieler Kunstschaffender und der Vielzahl kultureller Wirkungsstätten. Dies verbindet die Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Stadt und strahlt über die Grenzen der Kommune hinaus. Für den Erhalt der Spielstätten kämpfen die Hallenserinnen und Hallenser an der Seite der Theaterleute.

Die freie Kulturszene, Radio Corax als regionaler Vermittler von Initiativen, Kunst und Kultur und auch privatwirtschaftlich geführte Kulturträger bereichern die Stadt auf vielfältigste Weise und bedürfen der Anerkennung und Förderung. Diese kulturelle Infrastruktur gilt es besonders fördern, mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zur Kultur und Kunst zu eröffnen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Erhalt und stetige Weiterentwicklung des vielfältigen Angebotes an kulturellen Einrichtungen und Initiativen, wie soziokulturelle Angebote in den Stadtteilen und in den Theatern, Bibliotheken und Museen.
- Erhalt bestehender Einrichtungen und vor allem Weiterentwicklung einer ausgewogenen Theaterlandschaft, denn Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden.
- Erhalt aller Sparten der Theater, Opern und Orchester GmbH (TOOH),

einschließlich einer dauerhaften finanziellen Förderung durch Kommune und Land.

- Ausrichtung der kommunalen Kulturpolitik auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, Erhalt oder Einrichtung von Kommunikationsstätten und Begegnungsorten für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen.
- Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit als wesentlichen Bestandteil von Angeboten der Theater und Kultureinrichtungen weiter auszubauen.
- Auch zukünftig die Händelfestspiele als jährlichen Höhepunkt zu erhalten, der das musikalische Erbe unserer Stadt pflegt und gleichzeitig neue künstlerische Perspektiven eröffnet.
- Die Stadtbibliothek mit ihren Zweigstellen, der Fahrbibliothek und der Musikbibliothek als wesentliche Vermittlerin von Literatur und als kulturellen Bildungsträger zu erhalten und sich den Anforderungen neuer Medienformen zu stellen.
- Die Museen materiell und finanziell abzusichern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch eine Erweiterung der Sammlungen möglich sein muss. Sie sollen unabhängig von ihrer Trägerschaft in ein städtisches Gesamtkonzept eingebunden werden.
- Den Bergzoo Halle als Kultur-, Bildungs- und Erholungsstätte für unsere Stadt und ihre Gäste in seiner Einzigartigkeit zu erhalten, zu fördern und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

■ Das Konservatorium »Georg Friedrich Händel« als eine bedeutende Einrichtung der kulturellen Bildung dauerhaft und für alle sozialen Schichten zugänglich zu erhalten. Ergänzend zum Konservatorium sollen die privatwirtschaftlichen Musikschulen im Blickfeld der Stadträte bleiben, Kooperationen sind zu prüfen, Fördermöglichkeiten auszuschöpfen.

■ Kommunale Kultur bedarf auch einer aktiven Soziokultur, vor allem in den Stadtteilen. Hier wirken wir darauf hin, dass von der Kommune die erforderlichen materiellen und finanziellen Bedingungen geschaffen werden, um für jeden offene, barrierefreie soziokulturelle Zentren zu erhalten und zu schaffen.

■ Die Galerien und Ausstellungen der bildenden Kunst ständig zu unterstützen und zu fördern.

■ Der freien Kunstszene (freie Theater, Kunstvereine und Verbände) Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und größtmögliche Unterstützung zu gewähren.

■ Kunst im öffentlichen Raum frühzeitig bei der Stadtplanung zu beachten.

■ Medienkultur verstärkt Aufmerksamkeit zu zollen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen.

## **Halle – schafft Wissen und Neues**

Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für evangelische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort Sachsen-Anhalts. Die deutschlandweite und

internationale Ausstrahlung der Hochschulen, aber auch der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sind für die Stadt und die Region ebenso von unschätzbarem Wert wie ihre Attraktivität für junge Menschen. Die Studentinnen und Studenten, ihre Lehrerinnen und Lehrer beeinflussen das Klima der Stadt. Umso wichtiger ist es, dass die Fächervielfalt erhalten bleibt. DIE LINKE tritt deswegen auf allen politischen Ebenen den Kürzungsabsichten bei den Hochschulen entgegen.

Wir setzen uns für eine aktive Werbung der Stadt Halle – gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen – um Studierende ein. Zudem soll die Stadt die Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen.

Das heißt für DIE LINKE:

■ In Abstimmung mit dem Studententwerk weiterhin über die Wohnungsgesellschaften der Stadt für bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu sorgen.

■ Einsatz für ein attraktives Semesterticket, das die Region Halle-Leipzig einbezieht.

■ Günstige Eintrittspreise zu den Kultureinrichtungen sowie kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek.

■ Anpassung der Kinderbetreuung an den Alltag von Studierenden und von Akademikerinnen und Akademikern.

■ Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im sozialen Bereich und im Sport.

- Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche für Partnerinnen und Partner von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (Dual Career).
- Unterstützung beim Organisieren der Kinderbetreuung und beim Finden der geeigneten Schule sowie der Wohnraumsuche.
- Intensive Zusammenarbeit mit den Careercentern der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.
- Die Stadtverwaltung und die Tochterunternehmen bieten verstärkt Praktikumsplätze an und kooperieren mit den Hochschulen bei der Erstellung von Abschlussarbeiten und Promotionen.
- Gemeinsame Stadtentwicklung und Hochschulplanung besonders mit Blick auf die Immobiliensituation der Hochschulen.
- Enge Abstimmung in Bauangelegenheiten mit den Hochschulen, dem Land, der Uniklinik und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Stärkere Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschaftsnahen Bereich.
- Besonderes Augenmerk auf die Kreativwirtschaft und die Entwicklung des Technologieparks am Weinbergweg zu richten.
- Entwicklung und Ansiedlung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen und die Vernetzung von Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker zu unterstützen.

## **Halle – Bildung als Schlüssel**

Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Junge, gut ausgebildete Menschen gestalten unser Land und die Region in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich mit. Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendliche unter optimalen Bedingungen in gut ausgestatteten Schulen lernen und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlangt werden kann. Dabei ist die Entwicklung eines Konzeptes und die Schaffung der Voraussetzungen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf – vom gemeinsamen Unterricht hin zu einer inklusiven Schule – notwendig.

Das heißt für DIE LINKE:

- Gleiche Betreuungsbedingungen für alle Kinder, egal, ob sie bei freien Trägern oder dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten betreut werden – Kindertagesstätten (KITAS) sind Orte der Bildung und Erziehung.
- Die finanzielle Mindestausstattung der KITAS (Betriebskostendeckung) zu sichern, Möglichkeiten der Abschreibung und die Bereitstellung von Investitionsmitteln bei öffentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau zu führen.

- KITAS als frühkindliche Bildungseinrichtung zu begreifen: DIE LINKE tritt für einen kostenfreien Betreuungsplatz für jedes Kind ein. Bis diese Aufgabe in Übereinstimmung mit dem Land erreicht wird, fordern wir mittelfristig als ersten Schritt ein kostenfreies KITA-Jahr vor der Einschulung.
- Entwicklung eines integrierten Bildungskonzeptes für die Stadt Halle, welches alle Bildungsmöglichkeiten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung einschließt.
- Ausgewogene Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung in Halle mit wohnortnahen Grundschulen, Verhinderung einer weiteren »Entschulung« der Außenbezirke.
- Frühzeitige Beteiligung der Schüler- und Elternschaft bei der Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung der Akteure aus dem Schulumfeld, wie Wohnungsgesellschaften, Vereinen und Initiativen.
- Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt Halle und den Umlandgemeinden zur Sicherung von Grundschulstandorten und von familienfreundlichen Schulwegen.
- Unterstützung und Förderung aller Aktivitäten, die das längere gemeinsame Lernen ermöglichen; auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule unterstützen wir alle Bemühungen von Lehrenden, Lernenden und Eltern, bestehende Kooperationen zwischen Grund- und Sekundarschulen und Gymnasien weiterzuentwickeln.
- Ein pädagogisches Konzept für Gemeinschaftsschulen zu erarbeiten und eine weitere Gemeinschaftsschule – bevorzugt im Süden der Stadt – zu eröffnen.
- Sachausstattung der Schulen zu verbessern, insbesondere im Bereich neuer Medien und zur Wahrnehmung besonderer Aufgaben (z.B. Gemeinsamer Unterricht, Integrationsklassen für Migranten).
- Weitere Nutzung aller Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen, um so viele Schulen wie möglich mit öffentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren.
- Angemessene Ausweichquartiere für die Zeit der Sanierung bzw. Modernisierung einzelner Schulen bereitzustellen.
- Neubau eines modernen Planetariums an einem hochwassersicheren Ort mit guter Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, dies soll in enger Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für astronomische Bildung erfolgen.
- Erstellung eines kommunalen Investitionsprogrammes für Bildungseinrichtungen in der Stadt Halle unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit und zur Schaffung der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für eine Inklusion.
- Schule als Lern- und Lebensort weiterzuentwickeln – Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulen, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Horten befördern; Schulsozialarbeit als wirksames Instrument auch als kom-

munale Aufgabe begreifen; Unterstützung von Aktivitäten zur Entwicklung von Konzepten zur Öffnung von Schulhöfen

■ Unbürokratische und schnelle Umsetzung von Bundes- und Landesprogrammen zur Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich, wie zum Beispiel das Bildungs- und Teilhabepaket.

■ Umdenken bei der Schülerbeförderung wegen veränderter und vergrößerter Schuleinzugsbereiche, vor allem bei den Sekundarschulen: Wir wollen sichere Schulwege für alle Lernenden. Dazu gehört auch, die Entfernung zwischen Schule und Wohnung nicht nur über Entfernungskilometer zu definieren, sondern auch über die Schulwegsicherheit. DIE LINKE tritt für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein. Bis wir dieses Ziel erreicht haben, fordern wir ein kostenfreies Schülerticket unabhängig von Entfernungskilometern.

■ Schulbudgets, über deren Verwendung Schulen frei entscheiden können.

■ Für die Berufsbildenden Schulen ein Entwicklungskonzept in enger Abstimmung mit den Nachbarkreisen zu erarbeiten, dabei bedarfsgerechte Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien beachten.

■ Vorhalten von ausreichend Wohnraum für Gastschülerinnen und -schüler der Berufsschulen.

■ Keine Möglichkeiten für die Bundeswehr einzuräumen, um sich auf dem Laternenfest zu präsentieren und um in den Schulen für sich zu

werben: Wir unterstützen und fördern alle Aktivitäten, auf die Gesamtkonferenzen entsprechend einzuwirken.

■ Die Volkshochschule (VHS) als Ort lebensbegleitenden Lernens weiterzuentwickeln und auch zukünftig ein attraktives Bildungsprogramm mit generationenbezogenen Angeboten zu ermöglichen.

■ Kooperationsvereinbarung mit dem Saalekreis auf Augenhöhe; Konkurrenzverhältnis zwischen VHS Halle und Saalekreis beenden.

■ Personelle, räumliche und sächliche Ausstattung der VHS sicherzustellen.

■ Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen und städtischen Einrichtungen intensivieren, z.B. Sprachkurse für Studierende; Fort- und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und der Tochterunternehmen entwickeln und anbieten.

■ Den gemeinsamen Standort der Bibliothek und der VHS durch intensivierte Kooperation zu einem tatsächlichen kommunalen Bildungszentrum auszubauen.

## **Halle – Sport als gemeinsames Erlebnis**

Der Sport muss Bestandteil des halleschen Leitbildes sein, er gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Für DIE LINKE ist der Sport ein soziales Recht der Menschen. Die Erarbeitung eines kommunalen Sportentwicklungskonzeptes ist das geeignete Mittel, den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie Gesundheits- und Rehabilita-

tionssport in der Stadt Halle fest zu verankern. Sportliche Erfolge sorgen für ein positives Image unserer Stadt. Dazu gehören auch die erfolgreichen halleschen Leistungssportlerinnen und -sportler. Neben den sozialen Aspekten der Sportvereine dienen diese auch der Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen. In den letzten Jahren entstanden Sportstätten, die sowohl für den Leistungs- als auch den Breitensport genutzt werden können. Trotzdem ist der Sanierungsbedarf an den Sportstätten der Stadt weiterhin hoch.

Das heißt für DIE LINKE:

- Rahmenbedingungen für die dauerhafte Koordination von schulischer Ausbildung und leistungssportlichem Training zu verbessern: Sportschulen der Stadt (Sekundarschule und Gymnasium) legen die Grundlagen für eine leistungssportliche Entwicklung des Nachwuchses.

- Eine bedarfsgerechte und verlässliche Förderung der Sportvereine auf der Grundlage eines kommunalen Sportförderprogrammes.

- Dem Eissport in Halle eine Zukunft zu sichern.

- Bolz- und ähnliche Sportplätze für den Freizeitsport in den Wohngebieten zu erhalten bzw. neu zu errichten.

- Unterstützung von Initiativen in den Sportvereinen, ihre Sportstätten qualitativ zu verbessern.

- Weitere Entwicklung von sportlichen Integrationsprojekten.

- in den Vereinen und Organisationen des Sports wichtige Partner zu sehen, um insbesondere Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness zu vermitteln.



# III. Arbeit und finanzielle Sicherheit

## Halle – Existenzsichernde Arbeit in der Kommune

Die Wirtschaftskraft Halles ist die Basis kommunaler Handlungsfähigkeit und damit entscheidend für die Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Von ihr hängen sowohl die Finanzausstattung der Stadt als auch die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation ihrer Einwohnerinnen und Einwohner maßgeblich ab. Die Frage existenzsichernder Arbeit ist wesentlich für die Perspektiven, die Menschen mit dem Wohnort Halle verbinden.

Das heißt für DIE LINKE:

- Orientierung der industriellen Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunftsfähigen Technologien.
- Das Technologie- und Gründerzentrum noch stärker als Unterstützung für junge Unternehmen zu nutzen.
- Stärkung der Medien- und Kreativwirtschaft, z. B. den Standort des Multimediazentrums zu erhalten und vor Hochwasser zu sichern.
- Vergabekriterien für kommunale Aufträge so gestalten, dass auch die regionale Wirtschaft zum Zuge kommen kann und somit die Zukunftsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Firmen sichern.
- Die kommunale Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass der Bestand der kleinen und mittleren Unternehmen besser gesichert werden kann.

- Stärkung der Stadtwerke und der HAVAG als größte Arbeitgeber der Stadt. Kommunale Unternehmen sollen Gemeinwohlbilanzen jährlich erstellen, um aufzuzeigen, wie sie ihre soziale Verantwortung für die Stadt wahrnehmen.

- Keine Haushaltskonsolidierung der Stadt zu Lasten der kommunalen Unternehmen, der Mieterinnen und Mieter sowie der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler.

- Die Saalesparkasse als kommunales Kreditinstitut auf die neuen Bedingungen des demografischen Wandels auszurichten, z. B. eine mobile Filiale auch in Halle einzusetzen.

- Eine kommunale Gesellschaft zur optimalen Entwicklung von Gewerbeflächen und zur Wiedernutzbar-machung von Brachflächen für Halle einzurichten.

## Halle für alle – Finanzielle Sicherheit für die Stadt

DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt. Wirtschaftlichkeit messen wir zuallererst an der Aufgabenerfüllung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir verschließen uns nicht notwendigen Anpassungen und Einsparungen, die wir unter dem Gesichtspunkt des Sozialen prüfen und bewerten.

Dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner mit Gebühren und Beiträgen kommunale Aufgaben mitfinanzieren,

wird sich DIE LINKE für eine Offenlegung und vollständige Transparenz der Kalkulationsgrundlagen einsetzen. Wir streben dort, wo es möglich ist, eine Gebühren- und Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten an. Den Verkauf von kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

Wir werden bei der Bemessung von Abschreibungen und der Bildung von Rückstellungen darauf achten, dass nicht zu Lasten der Kommune dabei die Bewertungsspielräume falsch genutzt werden.

Halle wird derzeit mit Problemen allein gelassen, deren Verursacher die Stadt nicht selbst ist. Unter dem Stichwort »Haushaltskonsolidierung« werden allerorts viele Dinge weggekürzt, die eine Kommune lebenswert machen. Die Lösung der kommunalen Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Einführung einer Gemeindegewerbesteuer, die die bisherige Gewerbesteuer ablösen soll: damit wollen wir alle selbstständigen, mit Gewinnabsicht ausgeübten Tätigkeiten besteuern.
- Den kommunalen Finanzausgleich (FAG) in Sachsen-Anhalt neu zu regeln, der die Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung abkoppelt, den Mindestbedarf sichert und innerhalb der kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich schafft.

- Anwendung des Konnexitätsprinzips für die Aufgaben, die den Kommunen durch die Föderalismusreform II vom Bund übertragen wurden; es muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch!

- Die Stadt muss Ausbildungsplätze anbieten.

- Keine Aufgabenauslagerung, um Personalkosten einzusparen; strikte Tarifierung wenn Dritte Aufgaben erfüllen.

## **Halle – Zukunft in der Region**

Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig und den Flächenkreisen innerhalb der Metropolregion befördern. Hierzu hat DIE LINKE bereits vor zehn Jahren das Konzept eines Regionalkreises aus der Stadt Halle und dem Saalekreis entwickelt. Wir wollen interkommunale Kooperation statt Eingemeindungsdebatten.

Das heißt für DIE LINKE:

- Optimierung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV).
- Weitere Qualifizierung der Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft.
- Schrittweiser Ausbau der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden, z.B. bei der Daseinsvorsorge.
- Gemeinsame Flächennutzungsplanung.
- Gemeinsame Entwicklung von Gewerbeflächen.

# IV. Die Stadt sind wir – Demokratie und Vielfalt!

## Halle – Stadt engagierter Menschen

Halle ist eines der Protestzentren gegen die Kürzungen im Kultur- und Hochschulbereich. Hier kommen Menschen selbstorganisiert zusammen. Demos sind in Halle bunt, groß und wirkungsvoll. Egal, ob es gilt, Neonazis zu blockieren, den Studi-Streik zu organisieren, Sand zu schippen oder der Politik ein Achtungszeichen zu setzen.

Zahlreiche Menschen in unserer Stadt engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Diese Bereitschaft mit zu gestalten, macht uns gemeinsam reicher und stärker.

Wir setzen uns für direkte Bürgerbeteiligung in Halle ein. Für uns ist die Vorstellung von Verwaltungsplänen, schon von der frühesten Planungsphase an, eine Mindestforderung von Mitbestimmung. Hierzu wollen wir auch die Formen der Mitsprache nutzen, die das Internet bietet.

Das heißt für DIE LINKE:

- Nicht nur Auswahl aus verschiedenen Plänen der Verwaltung, sondern Miterarbeitung von Plänen.
- Chancen des Internets stärker nutzen, um Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Das Ratsinformati-

onssystem muss nutzerfreundlicher und übersichtlicher gestaltet werden.

- Notwendigkeit einer E-Gouvernement-Strategie, mit Prüfung von Kostenersparnissen durch Open-Source-Software.
- Freies WLAN in der gesamten Stadt, um allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung zu ermöglichen. Dieses soll durch die Stadt und Partner aus der lokalen Wirtschaft aufgebaut werden. Hier gibt es bereits viele kleine private Initiativen in Läden und Lokalen.
- Den Bürgerhaushalt zu verstetigen und auszubauen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu unterstützen, neue Beteiligungsformen (z. B. Einwohnerumfragen) zu erproben.
- Einwohnerfragestunden zeitlich und örtlich für die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner erreichbar machen. Wir wollen regelmäßige Einwohnerversammlungen fest verankern.
- Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen; für Themen, die die ganze Stadtgesellschaft betreffen, stadtweite Einwohnerforen.
- Beteiligungsprozesse zu vereinfachen und zu erweitern: Dazu gehört auch eine Änderung der Hauptsatzung, um weitere wichtige Gemeindeangelegenheiten zu bestimmen.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide parallel zu Wahlen stattfinden

zu lassen. Wir streben an, bei Wahlen Die Bürgerinnen und Bürger über einen Punkt der Stadtentwicklung im gesamtstädtischen Interesse zu befragen.

- Ein Anhörungsrecht in den Ausschusssitzungen, verankert in der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung des Stadtrates, für Bürgerinitiativen, Vereine und sonstige von Entscheidungen der Stadt Betroffene festzuschreiben.

## **Halle – Für eine Kultur der Vielfalt und Integration**

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlichster Herkunft: Alleingesessene, Hinzugezogene, ausländische Studierende, Einwandererinnen und Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende.

Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für uns – menschlich, kulturell, wirtschaftlich. DIE LINKE setzt sich für das respektvolle gesellschaftliche Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen ein. Wir wollen einen humanen Umgang mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, der die Würde jeder und jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und setzen uns für eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft ein. Das erfordert zum einen eine Politik, die Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entschlossen und konsequent entgegentritt. Zum anderen heißt es für uns, aktiv Willkommensstrukturen zu schaffen mit einer aktiven Integrationspolitik, die Integration nicht als Aufforderung, sondern als velseitigen Prozess versteht.

Das heißt für DIE LINKE:

- Die Netzwerke in Halle, die der Selbstorganisation und Interessenvertretung von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten dienen, zu unterstützen.

- Die positiven Erfahrungen der Arbeit vom Bündnis Migrantenorganisationen und des Ausländerbeirates in der Stadt zu nutzen und zu unterstützen.

- Den Ausländerbeirat in seinen Kompetenzen zu stärken, ihm eine beratende Stimme in Ausschüssen zu geben und ihn langfristig zu einem Integrationsbeirat zu entwickeln.

- Die kontinuierliche und verlässliche Förderung von Integrationsprojekten.

- Das Konzept der dezentralen Wohnungsunterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern weiterzuverfolgen.

- Die Stärkung von Netzwerkstrukturen, die der Teilhabe von Flüchtlingen in der Gesellschaft dienen.

- Fördermittel verstärkt für Deutschunterricht auch für Flüchtlinge und Asylsuchende einzusetzen.

- Das Eintreten für die Sensibilisierung und für interkulturelle Trainings der Stadtverwaltung und insbesondere der Ausländerbehörde.

- Innerhalb der Berufsorientierung ein spezifisches Beratungsangebot für Migrantinnen und Migranten zu schaffen.

■ Sich für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse einzusetzen.

■ Spezifische Beratung und Hilfen für Existenzgründer und Kleingewerbetreibende mit Migrationshintergrund zu unterstützen.

■ Berücksichtigung von Migrantinnen und Migranten bei der Einstellung in der Stadtverwaltung.

## **Halle – Gemeinsam gegen Rechts**

Die Würde des Einzelnen ist unantastbar. Die universelle Gleichwertigkeit aller Menschen gilt es zu verteidigen gegen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus, gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und Armen. Dabei findet sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in jeder gesellschaftlichen Schicht. Diskriminierung, Hass und Gewalt bedrohen die Demokratie.

Wir alle müssen dem gemeinsam auf allen politischen Ebenen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – begegnen. Dazu gehört der solidarische Umgang mit Opfern von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung. Dazu gehört auch eine ungeschönte Wahrnehmung neonazistischer Aktivitäten in Halle und nicht das Verschließen der Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen aus Angst vor möglichen Imageschäden.

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, welches nicht zulässt, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen

Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

Das heißt für DIE LINKE:

■ Die kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Interessenvertretung vor allem von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen.

■ Die Unterstützung von Initiativen und Netzwerken gegen Rechtsextremismus in der Stadt, insbesondere das »Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage«.

■ Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt.

■ Die Förderung von Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

■ Naziaufmärschen und anderen Wortergreifungen von Neonazis entgegenzutreten.

■ Verankerung der gewonnenen Kompetenzen im Rahmen des Bundesprogrammes der Lokalen Aktionspläne (LAP), Verstetigung der Arbeit des Begleitausschusses »Hallianz für Vielfalt« in die Arbeit der Stadt, Prüfung der Implementierung einer Fachstelle für Präventionsarbeit in der Stadtverwaltung.

■ Die stetige Arbeit an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung.

■ Antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und

Jugendsport und im Bereich der Fankultur zu etablieren.

- Die Förderung und Qualifizierung von Projekten zur historischen und politischen Bildung.
- Ablehnung der Gleichsetzung der Verbrechen des Faschismus mit

Unrecht und Menschenrechtsverletzungen nach 1945.

- Erhaltung und Pflege aller antifaschistischen Gedenkstätten in Halle und offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen.

# V. Gutes Wohnen, gutes Leben

## Halle – Gutes Wohnen in allen Stadtteilen

Halle ist reich an baulichem Erbe. Einerseits gilt es den historischen Stadtkern mit zahlreichen Renaissancebauten zu erhalten. In den Neubauvierteln braucht es hingegen andererseits Konzepte zum Wohnungsrückbau, zum Erhalt der sozialen Infrastruktur und zur Quartiersaufwertung. Vor 50 Jahren wurde der Grundstein für Halle-Neustadt gelegt, die Silberhöhe wird 35 Jahre alt. Einst begehrte Wohnungen stehen heute leer. Immer mehr Menschen mit geringem Einkommen wohnen in den Außenbezirken, die Innenstadt verteuert sich.

Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile der Daseinsvorsorge. Deshalb darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die kommunalen Wohnungsunternehmen HWG und GWG nicht privatisiert werden. Ebenso lehnen wir den Verkauf von Teilen des Wohnungsbestandes zur Haushaltskonsolidierung ab. Wir wollen, dass Wohnraum ausreichend und bezahlbar in allen Stadtteilen für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Attraktive Stadtentwicklung heißt für uns, dass die soziale Entmischung in den Wohnvierteln (Gentrifizierung) überwunden wird: Dazu gehören für uns beispielsweise eine soziale Wohnraumbindung sowie Konzepte für integrative Stadtentwicklung.

Das heißt für DIE LINKE:

- Unterstützung der Entwicklung der kommunalen Wohnungsgesellschaften GWG und HWG u. a. bei der Gestaltung neuer Wohnformen und bei der Verwirklichung einer Mischung aus sozialen, Standard- und hochwertigen Wohnungen bei jedem Neubaulprojekt (»Münchner Mischung«).
- Förderung des Engagements der GWG auch außerhalb der traditionellen Plattenbauten, Bebauungen müssen sich dabei an das Umfeld anpassen.
- Qualifizierte Mietspiegel und ergänzende Betriebskostenspiegel müssen flächendeckend auf Grundlage aller Bestandsmieten erstellt werden.
- Auf der Grundlage von qualifizierten Mietspiegeln sind Mietobergrenzen für die Mieten in Halle festzulegen.
- Einfluss auf kommunale Unternehmen ausüben mit dem Ziel, Mieterhöhungen auf Grund von Neuvermietungen zu stoppen.
- Dem wachsenden Bedarf an barrierefreiem Wohnraum Rechnung zu tragen (seniorengerechter Wohnraum).
- Durchgängige Beachtung von Barrierefreiheit, Kinder-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit im Wohnumfeld.

## Halle – Leben ohne Angst

Zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft gehört das Empfinden, sich in Sicherheit

bewegen zu können. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nehmen wir deshalb sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen von Kriminalität bekämpfen.

Das heißt für DIE LINKE:

- Entwicklung stadtteilbezogener Sicherheitskonzepte.
- Erhalt und Unterstützung aller Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserrettungsdienste.
- Beibehaltung des »Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration«.
- Wiedereinführung des Polizeibeirates.
- Unterstützung der Kontaktbereichsbeamten in ihrer bürgernahen Tätigkeit.
- Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder.
- Konfliktmanagement statt Bürgerwehren.

### **Halle – Natur und Stadt zusammen denken**

Halle gehört zu den deutschen Großstädten mit dem höchsten Grünflächenanteil. Mit der die Stadt durchziehenden Saaleaue, der Saale-Elster-Aue im Süden und den Porphyrkuppen im Norden verfügt Halle über Lebensräume mit hohem Naturschutzpotential.

Diese natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, Naturräume zu schützen und zu erweitern sowie eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu fördern, soll für eine weitere Stadtentwicklung Grundlage sein. Ein ökologischer Umgang mit der endlichen Ressource Stadfläche ist notwendig.

Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Der Kampf gegen Lärm und Feinstaub hat in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert eingenommen und wird mit mehr Konsequenz geführt, um Gesundheit und Lebensqualität für uns alle dauerhaft zu sichern und zu verbessern.

Das heißt für DIE LINKE:

- Gemeinsam mit dem Stadtverband der Kleingartenfreunde das 2013 beschlossene Kleingartenkonzept umzusetzen und weiterzuentwickeln: Kleingärten haben für ihre Nutzer einen hohen Erholungswert und sind ein bedeutender Teil der städtischen Grünflächen. Die zur Umsetzung des Konzeptes vorgesehenen Mittel sollen ab 2015 in den Haushalt eingestellt werden.
- Teilhabegenossenschaften, die Stadtteilgärten betreiben, werden von der Stadt unterstützt und gefördert.
- Projekte wie Teilhabegenossenschaften, die sich um brachliegende Flächen kümmern, werden von der Stadt aktiv gefördert.
- Erhalt der Grünanlagen sowie Ergänzung des Systems innerstädtischer Grünflächen durch Stadumbaupläne.



■ Erarbeitung und Beschluss eines Gesamtkonzeptes für die Friedhöfe in unserer Stadt, das die bestehenden Standorte erhält und den Veränderungen der Bestattungskultur sowie den zurückgehenden Bestattungszahlen Rechnung trägt. Innerhalb der einzelnen Friedhöfe können zum Beispiel Bestattungsflächen reduziert und solange sie nicht wieder benötigt werden, zu Grünanlagen innerhalb des Friedhofes umgestaltet werden.

■ Die Erarbeitung eines Investitionskonzeptes für Spielplätze.

■ Die Fortschreibung und Umsetzung des Klimaschutzprogrammes.

■ Eine Verbesserung der Lebensqualität durch die schrittweise Erweiterung der Tempo-30-Zonen in Wohngebieten.

■ Verbesserung des Hochwasserschutzes, insbesondere am Gimritzer

Damm, am MMZ sowie an der Pumpengalerie Halle-Neustadt.

■ Die Unterstützung der Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften zur Begrenzung der Belastungen aus Boden- und Fluglärm.

■ Eine Bestandsaufnahme und die Einleitung von Maßnahmen zur Behebung von Gehwegschäden.

■ Eine umweltschonende Abfallwirtschaft in kommunaler Hand mit Augenmerk auf eine optimierte stoffliche Verwertung des Mülls aus Privathaushalten.

■ Ausreichende Zahl von Hundewiesen, auch dort mit entsprechenden Abfallbehältern.

■ Kontrolle der Tauben- und Katzenpopulation in der Stadt Halle.

■ Bessere finanzielle Ausstattung der Tierheime.

## Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte im Wahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

---

Name, Vorname

---

Geburtsdatum

---

PLZ, Ort

---

Straße, Nr.

---

Telefon

---

E-Mail-Adresse

Ich bin Mitglied der LINKEN  Ja  Nein  Ich möchte Mitglied werden

---

Ich bin Mitglied in folgender/folgendem Verband, Gewerkschaft, Verein, Initiative und möchte dort für DIE LINKE werben. (mehrere Angaben möglich)

Im Wahlkampf möchte ich ... (mehrfaches Ankreuzen möglich)

- bei Infoständen mitmachen.  Material in Briefkästen verteilen.  
 beim Plakate aufhängen helfen.  Flugblätter/Zeitungen verteilen.  
 Veranstaltungen mit vorbereiten.  durch eine Spende unterstützen.

Folgendes machen: \_\_\_\_\_

Zum Zeitungen/Material verteilen in meinem Umfeld, bestelle ich

100 Stück  200 Stück  500 Stück  mehr \_\_\_\_\_

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Kreisgeschäftsstelle entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

---

Ort, Datum, Unterschrift

Das Formular bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post an DIE LINKEHalle, Blumenstraße 16,06108 Halle oder per Fax an 03 45 / 20 255 84 senden. Rückfragen per E-Mail über [info@dielinke-halle.de](mailto:info@dielinke-halle.de) oder telefonisch unter 03 41/20 255 90.



